

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 68 (1976)
Heft: 2

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Massenarbeitslosigkeit in den USA

Eine erstaunliche Fülle von Fakten und Informationen enthält ein grösserer Beitrag von Albert Miller zum Thema «Massenarbeitslosigkeit in den USA», der in Heft 1/1976 des österreichischen gewerkschaftlichen Monatsorgans «*Arbeit und Wirtschaft*» veröffentlicht wurde. Im zweiten Vierteljahr 1975 wurde die offizielle Arbeitslosenziffer in den USA mit 8,2 Millionen Vollarbeitslosen angegeben. Trotz eines bescheidenen Wirtschaftsaufschwunges dürfte sich die Zahl bis heute nicht verändert haben. Zu dieser offiziellen Zahl kommt noch eine Dunkelziffer von mehr als einer Million Arbeitsfähigen, die bei ihrer Suche nach Arbeit resigniert haben, da sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt als hoffnungslos betrachten. Sie werden daher von der Statistik nicht mehr erfasst, sie gelten als «nicht erwerbstätig». Zu diesen effektiv mehr als neun Millionen Arbeitslosen kommen noch die Kurzarbeiter. Die Zahl derselben hat sich im letzten Jahr von ungefähr drei Millionen auf mehr als vier Millionen erhöht. Miller stellt zusammenfassend fest, dass es in Amerika im Herbst 1975 nicht acht Millionen, sondern 13 bis 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen gab, die einen Ganztagesposten brauchten, aber wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Lage nicht voll beschäftigt werden konnten. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Arbeitslosigkeit in den USA niemals solche Ausmasse angenommen.

Von der Arbeitslosigkeit sind bestimmte Gruppen und Altersklassen besonders stark betroffen. 1975 betrug die Arbeitslosenrate bei allen Arbeitern 8,4 Prozent, aber bei den Negerarbeitern insgesamt 13 Prozent, bei jugendlichen Negerarbeitern gar 33,5 Prozent. Die Situation wird noch viel deprimierender, wenn man zu diesen offiziellen Zahlen diejenigen der nicht erfassten Arbeitslosen und der Kurzarbeiter addiert. In einer Studie einer konservativen Negerorganisation wird die Arbeitslosenrate mit 25 Prozent angegeben. In den Innenstadtgebieten, wo die

Mehrheit der armen Neger wohnt, beträgt die Arbeitslosenrate gar mehr als 50 Prozent. Auf Grund der Rebellionen der schwarzen Bevölkerung im Jahre 1967 wurden in verschiedenen Grossunternehmen mehr Arbeitsplätze für Schwarze geschaffen, doch diese wurden in den letzten Monaten fast alle wieder abgebaut, da nach den amerikanischen Kollektivverträgen die Arbeiter mit der kürzesten Dienstzeit zuerst entlassen werden müssen.

Branchenmässig am meisten betroffen von der Arbeitslosigkeit sind die Bau- und Autoarbeiter. Die jährliche Wohnbaurate ist um die Hälfte gefallen, von zwei Millionen jährlichen Neuwohnungen im Juni 1973 auf eine Million im Juni 1975. Im zweiten und dritten Vierteljahr 1975 war daher ungefähr jeder fünfte Bauarbeiter arbeitslos. Auch in der Automobilindustrie kriselt es sehr stark. Im Februar 1975 waren mehr als eine Viertelmillion Autoarbeiter arbeitslos.

Besonders hart von der derzeitigen Krise sind auch die Bediensteten der grossen Städte betroffen. Die Finanzen der Städte werden unter anderem immer stärker durch die Fürsorgeausgaben belastet. Durch die Zunahme der Armut ist auch ein Sinken der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Viele Städte sind vom Bankrott bedroht. Anstatt dass die Städte sich zusammenschliessen und gemeinsam mehr Leistungen von der Zentralregierung verlangen, wenden sie sich einzeln an Privatbanken, um weitere Darlehen zu erhalten. Dabei versuchen die verschiedenen Stadtverwaltungen sich gegenseitig mit einschneidenden Sparmassnahmen zu überbieten, um ihren Geldgebern ihre Kreditwürdigkeit zu beweisen. Hauptopfer dieser Sparmassnahmen sind neben den Fürsorgebeziehern die städtischen Bediensteten. Typisch für dieses Vorgehen ist die Stadt New York, wo die Banken sich verpflichteten, für drei Monate das Defizit zu übernehmen. Für dieses Abkommen wurden die Bediensteten wie folgt zur Kasse gebeten: Die Gewerkschaften mussten dem Abbau von 13 000 städtischen Angestellten zustimmen. Die

Bediensteten mussten auf eine allgemeine Lohn- und Gehalterhöhung verzichten. Die Gewerkschaften mussten sich bereit erklären, auch weitere Abbau-massnahmen zu akzeptieren, falls die vorgesehenen Sparmassnahmen nicht genügten. Die Gewerkschaften und die Stadt New York mussten zustimmen, dass ein Betrag von 150 Millionen Dollar der Pensionskasse der städtischen Angestellten in einer Anleihe angelegt wird, die die Banken aufzulegen beabsichtigen, um ihr Darlehen an die Stadt New York zu finanzieren. Das heisst, die städtischen Bediensteten sind gezwungen, einen Lohnstopp hinzunehmen und dazu noch ihre niederen Gehälter mit ihrem eigenen Pensionsfonds mitzufinanzieren.

Miller beschliesst seinen Beitrag, in dem er auch auf die Auswirkungen der Armut zu sprechen kommt, mit einem längeren Zitat aus der «New York Times», dessen letzter Teil hier wiedergegeben ist: «Wenn uns die Krise schliesslich zwingt zuzugeben, dass die Armut nicht auf die moralische Verworfenheit der Armen zurückzuführen ist, sondern auf die Tatsache, dass es nicht genug Arbeitsplätze gibt, können wir einen Schritt weiter machen, indem wir uns fragen, ob eine Wirtschaftsordnung, in der so viele Menschen gezwungen sind, ihr ganzes Leben lang zwischen Leibschüsseltragen

und Fürsorgeunterstützung zu wählen, wirklich so vollkommen ist, wie ihr nach-gesagt wird.»

Hinweis

Unter der Überschrift «Ein Volk wird deportiert» wird wieder einmal auf eine grosse Tragik verwiesen, die sich ausserhalb der Schlagzeilen machenden Ereignisse abspielt. Der Autor des Beitrages, Hans Hauser, stellt in Heft 1/2 der Wiener Halbmonatsschrift «Die Zukunft» zusammenfassend fest: «Seit im April 1975 der bewaffnete Kampf der Kurden im Irak um eine regionale Autonomie ganz plötzlich zusammengebrochen ist, steht diese Volksgruppe auf der Liste der von Ausrottung und Entwurzelung bedrohten Völker noch vor den Krimtartaren, den Indios Boliviens und den Negerchristen des Sudans ganz oben an der Spitze.» Es wäre wünschenswert, dass die von Hauser in seiner Arbeit festgehaltenen Fakten einem möglichst grossen Kreis von Menschen bekannt würden, denn das seit jeher um seine Freiheit ringende Volk Kurdistans verdient die Sympathie und Unterstützung aller, dies um so mehr, als sich die beiden Weltsupermächte über die Tragödie dieser Nation in Schweigen hüllen.